

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Aml. Anz. Nr. 8

DIENSTAG, DEN 29. JANUAR

2013

Inhalt:

Seite	Seite
Freistellung von öffentlich geförderten Wohnungen bzw. Wohnungen der sozialen Wohnraumförderung 129	Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Lurup 65 130
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht 130	Bekanntgabe des Ergebnisses einer Standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht 131
Öffentliche Zustellung 130	Beitragsordnung der Studierendenschaft der Hafen-City Universität Hamburg (HCU) 131
Öffentliche Zustellung 130	Grenzfeststellungsverfahren F 10074 Kornweidewettern 131
Öffentliche Zustellung 130	

BEKANNTMACHUNGEN

Freistellung von öffentlich geförderten Wohnungen bzw. Wohnungen der sozialen Wohnraumförderung

Auf Grund von § 20 Absatz 1 Nummer 2 des Hamburgischen Wohnraumförderungsgesetzes (HmbWoFG) in Verbindung mit § 6 Absatz 1 des Hamburgischen Wohnungsbindungsgesetzes (HmbWoBindG) wird verfügt:

Mit Wirkung ab 1. Februar 2013 haben die Verfügungsberechtigten der öffentlich geförderten Wohnungen (Sozialwohnungen) bzw. Wohnungen der sozialen Wohnraumförderung im Gebiet Mümmelmannsberg (siehe anliegende Gebietskarte) die Möglichkeit, die vorgenannten Wohnungen ohne Vorlage von Wohnberechtigungsbescheinigungen an Studenten/studentische Wohngemeinschaften und Auszubildende/Wohngemeinschaften von Auszubildenden zu vermieten, die in Hamburg ihren ersten Wohnsitz haben und eine aktuelle Immatrikulationsbescheinigung einer Hamburger Hochschule bzw. einen Ausbildungsvertrag eines in Hamburg ansässigen Unternehmens nachgewiesen haben.

Diese Freistellung von den bindungsrechtlichen Vorschriften des § 16 Absatz 1 HmbWoFG bzw. § 4 HmbWoBindG ist bis zum Ablauf des 31. Dezember 2017 befristet.

Die Freistellung bezieht sich ausschließlich auf die Überlassung an Wohnberechtigte mit einer Wohnberechtigungsbescheinigung (§ 5-Schein bzw. Dringlichkeitschein). Nicht erfasst werden von der Freistellung die im Aufteilungsbescheid bzw. Aufteilungsplan festgelegten weitergehenden Belegungsbindungen. Weiterhin gelten im Interesse einer familiengerechten Ausnutzung des geförderten Wohnungsbestandes die belegungsrechtlichen Bestim-

mungen hinsichtlich der angemessenen Wohnungsgröße und sind dementsprechend zu beachten.

Hamburg, den 24. Januar 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Aml. Anz. S. 129

Anlage



Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburg Port Authority (HPA) hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Planfeststellungsbehörde, die förmliche Zulassung für das Bauvorhaben „Ausbau der südlichen Werkszufahrt zum Gelände der Airbus Operations GmbH (Südtor)“ beantragt. Gegenstand des Vorhabens ist die Schaffung einer leistungsfähigen Straßenanbindung des Werksgeländes, die gleichzeitig als Deichverteidigungsstraße des Neuenfelder Hauptdeichs bzw. Finckenwerder Hauptdeichs-West dient.

Dieses Vorhaben stellt einen sonstigen Gewässerausbau im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes dar (Nummer 13.18.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung – UVPG –). Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar (§ 3 a UVPG).

Hamburg, den 21. Januar 2013

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
als Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 130

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Dezider Olah, geboren am 18. August 1945, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 31. Januar 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, Klosterwall 2, Zimmer 907, 20095 Hamburg, Telefon: 040/4 28 54 - 18 21/-18 22, zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 14. Februar 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 3. Januar 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 130

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Maros Zaslav, geboren am 1. November 1977, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 31. Januar 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, Klosterwall 2, Zimmer 907, 20095 Hamburg, Telefon: 040/4 28 54 - 18 21/-18 22, zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 14. Februar 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 3. Januar 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 130

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Robert Horvath, geboren am 29. August 1983, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 31. Januar 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, Klosterwall 2, Zimmer 907, 20095 Hamburg, Telefon: 040/4 28 54 - 18 21/-18 22, zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 14. Februar 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 3. Januar 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 130

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Lurup 65

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona führt über die beabsichtigte Planung für das Gebiet des Bebauungsplan-Entwurfs Lurup 65 mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Darlegung und Erörterung durch.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Elbgaustraße – über das Flurstück 1067 (Elbgaustraße), Nordostgrenze des Flurstücks 2441, Nordost- und Südgrenze des Flurstücks 3622, über das Flurstück 844 (Vorhornweg), Südwestgrenze des Flurstücks 844 (Vorhornweg), über das Flurstück 1067 (Elbgaustraße) der Gemarkung Lurup (Bezirk Altona, Ortsenteil 220).

Mit dem Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Lurup 65 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung von neuen Wohngebietsflächen zur Realisierung von Wohnungsbau in Geschossbauweise geschaffen werden. Weiterhin soll eine Sicherung des wertvollen Baumbestands sowie der öffentlichen Wegeverbindungen im Süden und Osten des Plangebiets erfolgen.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, dem 6. Februar 2013, um 19.30 Uhr in der Pausenhalle der Stadtteilschule Lurup, Luruper Hauptstraße 131-133, 22547 Hamburg, statt.

Anschauungsmaterial kann ab 24. Januar 2013 innerhalb der Öffnungszeiten des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ) des Bezirksamts Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), 22767 Hamburg, eingesehen werden. Auskünfte werden montags 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, dienstags 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, donnerstags 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie am 6. Februar 2013 ab 18.30 Uhr am Veranstaltungsort erteilt.

Hamburg, den 17. Januar 2013

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 130

Bekanntgabe des Ergebnisses einer Standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Das Bezirksamt Hamburg-Nord, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Fachbereich Tiefbau, hat gemeinsam mit Frau Masoumeh Moradian, Twisselwisch 67, 22419 Hamburg, Herrn Dalbir Singh Muhar und Frau Amarjit Kaur Muhar, Twisselwisch 65, 22419 Hamburg, bei der Wasserbehörde des Bezirksamtes Hamburg-Nord die Herstellung eines Entwässerungsgrabens entlang der südlichen Grundstücksgrenzen auf den Privatgrundstücken Twisselwisch 65, 67 und teilweise 69/71 beantragt. Das Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach Nummer 13.18.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert am 17. August 2012 (BGBl. I S. 1726, 1751), dar. Nach der Standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c Satz 2 des UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Wasserbehörde auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben.

Diese Feststellung ist beim Bezirksamt Hamburg-Nord, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Fachbereich Tiefbau, Zimmer 303, Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg, nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes für die Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 21. Januar 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 131

Beitragsordnung der Studierendenschaft der HafenCity Universität Hamburg (HCU)

Das Präsidium der HafenCity Universität Hamburg hat am 20. Dezember 2012 gemäß § 104 Absatz 2 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S 171), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. Dezember 2011 (HmbGVBl. S. 550), die vom Studierendenparlament am 28. November 2012 erlassene Beitragsordnung in der nachstehenden Fassung genehmigt.

§ 1

Beitragspflicht

(1) Die Studierendenschaft der HafenCity Universität Hamburg erhebt zur Erfüllung ihrer Aufgaben in jedem Semester von allen eingeschriebenen Studierenden einen Beitrag gemäß § 104 des Hamburgischen Hochschulgesetzes. Dazu gehören insbesondere auch Mittel zur Finanzierung eines Beförderungsvertrages, aus dem der Gesamtheit der Studierenden der HafenCity Universität Hamburg ein wirtschaftlicher Vorteil erwächst.

(2) Beitragspflichtig sind auch beurlaubte Studierende.

(3) Von der Beitragspflicht sind Studierende befreit, die nach Ablauf des jeweiligen Semesters rückwirkend immatrikuliert werden.

§ 2

Fälligkeit und Entrichtung des Beitrages

(1) Der Beitrag wird jeweils bei der Einschreibung, Rückmeldung oder Beurlaubung fällig.

(2) Der Beitrag ist an die für die HCU zuständige Kasse zu entrichten. Diese weist den für die Zwecke der studentischen Selbstverwaltung zu entrichtenden Beitragsanteil dem Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), den Beitragsanteil für das Semesterticket dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) und den Beitragsanteil des Semesterticket-Härtefonds einem Sonderkonto des Studierendenwerks zu.

§ 3

Beitragshöhe

Im Sommersemester 2013 beträgt der Beitrag 172,00 Euro pro Semester. Dieser Beitrag setzt sich aus drei Teilbeiträgen zusammen, die wie folgt zu verwenden sind:

1. 15,00 Euro für die Zwecke der studentischen Selbstverwaltung,
2. 155,10 Euro für das Semesterticket,
3. 1,90 Euro für den Härtefonds.

§ 4

Härtefonds

Auf Antrag kann der auf das Semesterticket entfallende Beitragsanteil aus dem Härtefonds in den Fällen zurückerstattet werden, in denen die Vorteile des Semestertickets aus gesundheitlichen, räumlichen oder sozialen Gründen nicht in Anspruch genommen werden können. Die näheren Einzelheiten regeln die Richtlinien der Studierendenschaft der HCU für den Semesterticket-Härtefonds in der jeweils gültigen Fassung.

§ 5

Aufsicht

Die Aufsicht über die Verwendung der Beiträge haben die satzungsgemäßen Organe der Studierendenschaft gemäß der Wirtschaftsordnung der Studierendenschaft der HCU Hamburg in der jeweils gültigen Fassung.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Beitragsordnung tritt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger der Stadt Hamburg in Kraft.

Hamburg, den 20. Dezember 2012

HafenCity Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 131

Grenzfeststellungsverfahren F 10074 Kornweidenwettern

Die Feststellung der Eigentumsgrenzen an den Grundstücken der Kornweidenwettern und den angrenzenden Grundstücken in dem Bereich zwischen der Georg-Wilhelm-Straße und der östlichen Grenze des Flurstücks 9210 in der Gemarkung Wilhelmsburg soll nach den Vorschriften des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) vom 20. Juni 1960 in der Fassung vom 29. März 2005 (HmbGVBl. S. 97) durchgeführt werden.

In dem Verfahren werden die Eigentums Grenzen nach der örtlichen Lage des Gewässers gemäß §§ 104 ff. HWaG festgelegt. Diese Grenzen werden in das Liegenschaftskataster und das Grundbuch übernommen und bilden fortan, ohne Rücksicht auf künftige Veränderungen des Gewässers und seiner Ufer, die Eigentums Grenzen.

Der Grenzfeststellungsplan und das Bestandsverzeichnis werden im Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (Sachsenkamp 4, Geschäftszimmer Raum A 020) vom

31. Januar 2013 bis 1. März 2013 in der Zeit von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr (montags bis freitags) öffentlich ausgelegt.

Einwendungen können beim Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden.

Hamburg, den 22. Januar 2013

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Amtl. Anz. S. 131

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Bekanntmachung

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 94,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Schule Hinter der Lieth, Hinter der Lieth 61,
22529 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH-VOB Ö 003/2013**
1. BA Grunderneuerung der Hs. G, F und H
- g) 1. BA Grunderneuerung der Hs. G, F und H
- h) Angebote können für ein oder mehrere Lose abgegeben werden, ein Angebot für die Gesamtleistung ist nicht zulässig.
LOS 1 – Blitzschutzarbeiten –
– Gesamtleistung für die Hs. A-H + Turnhalle.
– Abruf erfolgt jahresweise.
– komplette Blitzschutzarbeiten für Steildächer.
– Prüfbücher, Auffangstangen, Tiefenerder, Dachableitung.
LOS 2 – Malerarbeiten –
– Bearbeiten von Heizkörpern, Stahlstützen, Heizrohren, ca. 900 lfm.
– Bearbeiten von Einbaumöbel, Sitzbänken, Schaukästen, ca. 500 m².
– Bearbeiten von Deckenflächen, Treppenuntersichten, Einfassungen, Gipskartonflächen, Bodenflächen, ca. 2800 m².
– Bearbeiten von Türen, Fenstern, Glasfassaden, ca. 700 m².
– Bearbeiten von Geländern, Pfosten.
– Bearbeiten von Holzbauteilen, Sparren, Regalböden, Lichtbändern, Ortgangsbrettern, ca. 450 m.
- i) Beginn: 9. Kalenderwoche 2013
Ende: 52. Kalenderwoche 2013
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 21. Januar 2013 bis 7. Februar 2013, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro pro Los.

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB-Ö 003/13

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro pro Los fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a) schicken.

- m) Entfällt

- n) Die Angebote können bis zum 13. Februar 2013 für LOS 1 bis 10.00 Uhr und für LOS 2 bis 10.20 Uhr eingereicht werden.

- o) Anschrift:

SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 13. Februar 2013 für LOS 1 um 10.00 Uhr und für LOS 2 um 10.20 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten

- r) siehe Vergabeunterlagen

- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 14. März 2013.

w) Beschwerdestelle:
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
 Teleax: 040/4 27 31 01 37

Hamburg, den 22. Januar 2013

Die Finanzbehörde

76

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Finanzbehörde Hamburg
 Postanschrift:
 Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von Frau Nathalie Wendt
 E-Mail: nathalie.wendt@fb.hamburg.de
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 13 68
 Telefax: +49/040/4 28 23 - 13 64
 Internet-Adresse:
<http://www.ausschreibungen.hamburg.de>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
 Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
 wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
 Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
 Sonstige (siehe Anhang A.II)
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 Sonstige (siehe Anhang A.III)
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
 anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
 Auftraggeber:
 Lieferung und betriebsfertige Aufstellung von
 Restaurantstühlen und -tischen, Bistrostühlen,
 -hockern, -tischen und -stehtischen, Bespre-
 chungsstühlen und -tischen, Schiebetürschrän-
 ken, Transportwagen für Stapelstühle, Transport-
 wagen für Stapeltische, Schränken und Tresen,
 Arbeitstischen und Präsentationswänden im
 Neubauder BSU Wilhelmsburg.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung:
 Lieferauftrag
 Kauf

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder
 Dienstleistungserbringung:

Neubau der Behörde für Stadtentwicklung und
 Umwelt (BSU), Neufelder Straße, 21109 Ham-
 burg

Hamburg

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-
 vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-
 fungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen
 Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:
 Die verschiedenen Dienststellen der Behörde für
 Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und
 Hansestadt Hamburg (BSU) verteilen sich auf
 verschiedene Standorte in der Stadt Hamburg.
 Im Dezember 2010 begann der Neubau der BSU
 im Entwicklungsgebiet Wilhelmsburg als heraus-
 ragendes Schlüsselprojekt, welches als beispiel-
 haftes Projekt für nachhaltiges Bauen mit dem
 DGNB Gütesiegel in Gold zertifiziert werden
 soll. Durch den Neubau werden die zur BSU
 gehörigen Dienststellen zusammengefasst, wo-
 durch rationellere Arbeitsabläufe sichergestellt
 werden. Insgesamt werden im Neubau Wilhelms-
 burg Arbeitsplätze für ca. 1.200 Beschäftigte ge-
 schaffen.
 Dieser Lieferauftrag umfasst die Lieferung und
 betriebsfähige Montage der für die beplanten
 Sonderbereiche zu beschaffenden Möblierungs-
 gegenstände und Sonderausstattungen nach den
 festgelegten Anforderungen und Qualitäten.
 Die Sonderbereiche umfassen das Personalresta-
 urant mit ca. 250 Sitzplätzen, das Konferenz-
 zentrum, die zentralen und dezentralen Bespre-
 chungsräume sowie die Kombizonen in den Ker-
 nen des Neubaus. Es ist eine losweise Vergabe
 vorgesehen (Los 1: Ausstattung Konferenzzen-
 trum und Besprechungsräume; Los 2: Stauraum-
 system; Los 3: Arbeitstische; Los 4: Ausstattung
 Bistrobereiche Kombizonen, Los 5: Präsentati-
 onswände; Los 6: Ausstattung Personalresta-
 urant).
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV)
 Hauptgegenstand: 39130000
 Ergänzende Gegenstände: 39110000
 39120000
 39150000
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen
 (GPA):
 Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja
 Angebote sind möglich für alle Lose.
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Geschätzter Wert ohne MwSt: 435 000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 4 Monate ab Auftragsvergabe
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Zahlungen im Rahmen der VOL/B und der Vergabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Von allen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. Übersicht über die Mindeststundenlöhne der eingesetzten Beschäftigten.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Liste bisher durchgeführter Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs der letzten drei Jahre. Bei diesen aussagefähigen Referenzen sind Auftragsumfang, Auftraggeber mit Ansprechpartner und Telefonnummer, Auftragsjahr und Gesamtumsatz zu nennen. Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt. Bei Bietern, die die FHH als AG in den letzten Jahren mit Leistungen ähnlicher Art beliefert haben, ist ein entsprechender Hinweis in den Angeboten anstelle der Referenzen ausreichend.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
2013000004
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: –
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
Preis: 5,- Euro
Über das Online-Portal Hamburg-Service (www.gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort auch dann die Verdingungsunterlagen kostenfrei. Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die
Finanzbehörde Hamburg
Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100,
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg
Postbank Hamburg
Kontonummer 391 336 206, BLZ 200 100 20
(für ausländische Bewerber:
IBAN-Nummer: DE02 2001 0020 0391 3362 06,
BIC: PBNKDEFF)
- unter der Projektnummer 2013000004 angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
5. März 2013, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Bis 31. Mai 2013
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:** Nein
- VI.2) **Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
22. Januar 2013

ANHANG A**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –

- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:**
Offizielle Bezeichnung:
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100
Telefon: +49/040/4 28 23 - 13 80
Telefax: +49/040/4 28 23 - 14 02
E-Mail:
finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de

- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu richten sind:**

Offizielle Bezeichnung:
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100
Telefon: +49/040/4 28 23 - 13 80
Telefax: +49/040/4 28 23 - 14 02
E-Mail:
finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN**

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Lieferung und betriebsfertige Aufstellung von Restaurantstühlen und -tischen, Bistrostühlen, -hockern, -tischen und -stehtischen, Besprechungsstühlen und -tischen, Schiebetürschränken, Transportwagen für Stapelstühle, Transportwagen für Stapeltische, Schränken und Tresen, Arbeitstischen und Präsentationswänden im Neubau der BSU Wilhelmsburg

Los-Nr. 1

Bezeichnung:
Ausstattung Konferenzzentrum/Besprechungsräume

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Benötigt werden u.a. Konferenzstühle und -tische, Seminarstühle, Besprechungsstühle und -tische.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 39130000
Ergänzende Gegenstände: 39110000
39120000
39150000
- 3) **Menge oder Umfang:**
86 Konferenzstühle, 42 Konferenztische, 5 Schiebetürschränke, 200 Seminarstühle, 298 Besprechungsstühle, 122 Besprechungstische, 24 Transportwagen.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2**Bezeichnung:** Stauraumsystem

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Benötigt werden Querrolladenschränke (Standard und Sonderanfertigungen), Regalelemente (Sonderanfertigung), Tresen (Sonderanfertigungen).
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 39130000
Ergänzende Gegenstände: 39110000
39120000
39150000
- 3) **Menge oder Umfang:**
120 Querrolladenschränke Standard, 32 Querrolladenschränke Sonderanfertigung, 4 Regalelemente Sonderanfertigung, 5 Tresen Sonderanfertigung.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 3**Bezeichnung:** Arbeitstische

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Benötigt werden Arbeitstische mit und ohne Zwischenablage.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 39130000
Ergänzende Gegenstände: 39110000
39120000
39150000
- 3) **Menge oder Umfang:**
15 Arbeitstische mit Zwischenablage, 7 Arbeitstische ohne Zwischenablage.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 4**Bezeichnung:** Ausstattung Bistrobereiche in Kombizonen

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Benötigt werden Bistrotische und Bistrostehische, Bistrohocker und Bistrostühle.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 39130000
Ergänzende Gegenstände: 39110000
39120000
39150000
- 3) **Menge oder Umfang:**
14 Bistrostehische, 7 Bistrotische, 34 Bistrohocker, 9 Bistrostühle.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 5**Bezeichnung:** Präsentationswände

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Benötigt werden Präsentationswände mit Zubehör.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 39130000
Ergänzende Gegenstände: 39110000
39120000
39150000
- 3) **Menge oder Umfang:**
30 Präsentationswände, 5 Ablageschalen, 15 Beleuchtungen.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 6**Bezeichnung:** Ausstattung Personalrestaurant

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Benötigt werden Restauranttische und -stühle.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 39130000
Ergänzende Gegenstände: 39110000
39120000
39150000
- 3) **Menge oder Umfang:**
8250 Restaurantstühle, 42 Restauranttische.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen: –**

Hamburg, den 22. Januar 2013

Die Finanzbehörde

77

**Errichtung und Betrieb eines Kiosks
mit öffentlicher WC-Anlage am Standort Rüschnpark
in Hamburg/Finkenwerder**

PROJEKTDATEN

Bewerbungsschluss: 29. März 2013, 12.00 Uhr

Verfahren: Freihändige Vergabe nach
Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

Berufsgruppen:

Investoren, Bauunternehmer, Architekten, Bauingenieure

Gewünschte Teilnehmerzahl: 3

Gebäudetyp: Eingeschossiges Haus

Art der Leistung:

Bauleistung/Objektplanung Gebäude/Betrieb

Sprache: Deutsch

Auslober/Bauherr:

Freie und Hansestadt Hamburg, Hamburg (DE)

Betreuer: Herr von Rügen

(Bezirksamt Hamburg-Mitte/MR)

Aufgabe:

Gegenstand der Ausschreibung ist die Planung, der Bau und der Betrieb eines Kiosks mit einer öffentlichen WC-Anlage im Rüschnpark Hamburg-Finkenwerder.

Die Fläche für den Kiosk liegt am Rand des Rüschnparks, an der südlichen Grenze, mit Ausrichtung parallel zum Rüschnweg.



Es ist die Vergabe einer öffentlichen Baukonzession gemäß § 99 Absatz 6 GWB vorgesehen. Die Bieter sollen ein Kiosk-Gebäude mit öffentlicher WC-Anlage planen, bauen und langfristig (30 Jahre) betreiben bzw. durch einen Betreiber langfristig betreiben lassen und so die Planungs- und Baukosten sowie die Kosten für die Nutzung des öffentlichen Bodens refinanzieren (lassen). Das Eigentum an den bebauten Grundstücken geht nicht auf den Bieter über, sondern verbleibt bei der Freien und Hansestadt Hamburg. Betroffen von den Baumaßnahmen und der Nutzung der Kiosk-Fläche ist örtlich ausschließlich öffentlicher Raum. Für die Nutzung der öffentlichen Grün- und Erholungsanlage ist ein Vertrag nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über Grün- und Erholungsanlagen in der Fassung vom 11. Juli 1989 und §§ 54 ff Hamburgisches Verwaltungsverfahrensgesetz abzuschließen und entsprechende Sondernutzungsentgelte zu zahlen, deren Höhe abweichend von den Vorgaben der Globalrichtlinie „Sondernutzung“ auf Grund des besten Gebots im geplanten Vergabeverfahren zu ermitteln sind. Eine Vergütung für den Bau und/oder den Betrieb des Kioskgebäudes durch den Auftraggeber erfolgt nicht.

Es gibt keine Erkenntnisse über Altlasten auf dem betroffenen Flurstück. Auf dem Nachbar-Flurstück befindet sich ein Materiallager der Altenwerder Fischer.

Es wird keine Haftung für Untergrundverhältnisse oder die Bebaubarkeit der Vertragsfläche sowie aller daraus resultierenden öffentlich-rechtlichen Pflichten übernommen. Die Bieter können sich vor Angebotsabgabe selbst ein Bild über die Untergrundverhältnisse verschaffen.

Gegebenenfalls wird eine Untersuchung auf Kampfmittel aus dem 2. Weltkrieg nach der Aufgrabung des Bodens erforderlich. Die Kosten und der erforderliche Zeitaufwand für eventuell notwendige Sondierungsmaßnahmen sind vom Bieter zu berücksichtigen.

Erschließungsendpunkte sind ca. 50 m vom Standort entfernt. Die Erschließungskosten hat der Bieter zu tragen.

Das Kiosk- und WC-Gebäude darf maximal eine Größe von 100 m² umfassen. Einschließlich umliegender Außenflächen ist die Gesamtfläche für den Kiosk mit öffentlichem WC auf maximal 400 m² begrenzt. Das Teilstück des Parks ist nur soweit zu beanspruchen, dass ein Eingriff in das angrenzende wegbegleitende Buschwerk weitestgehend vermieden wird. Die Außenflächen sind in einem versiegelungsarmen Belag herzustellen.

Wenn durch das Bauprüfverfahren entschieden wird, dass zusätzliche Stellplätze erforderlich sind, dürfen diese nicht in der Parkanlage errichtet werden. Zusätzlich entstehende Kosten (Ablösebeträge) sind vom Bieter zu tragen.

Das Kiosk-Gebäude ist in eingeschossiger Bauweise herzustellen.

Die bauliche Umgebung wird von Gebäuden mit flachen Satteldächern und mit backstein- oder metallverkleideten Fassaden geprägt. In der Fassadengestaltung des zukünftigen Kiosks sind die gestalterischen Merkmale der städtebaulichen Umgebung aufzugreifen. Die Gebäudegestaltung und die Gestaltung der Außenflächen sind mit den Landschafts- und Stadtplanern der Verwaltung abzustimmen.

Der Kiosk ist an das Parkwegnetz anzubinden.

Die Beleuchtung des Ortes sollte über zurückhaltende, nicht die Parkbeleuchtung beeinträchtigende Leuchtmittel erfolgen. Außenleuchten sind nur in Form von monochromatisch abstrahlenden Leuchten mit einem geschlossenen Glaskörper zulässig. Außenleuchten dürfen nicht in Richtung der Parkanlage ausgerichtet werden.

Darüber hinaus ist der Bieter im Rahmen der Ausschreibungsbedingungen in seinen Planungen für die Entwicklung des Gebäudes und die konkrete Bebauung frei. Der Auftraggeber wünscht, dass der Bewerber eigene Ideen einbringt. Ansonsten muss die Planung genehmigungsfähig sein und mit dem Auftraggeber sowie ggf. anderen in den Ausschreibungsunterlagen angegebenen Hamburger Behörden abgestimmt werden.

Der Kiosk wird, wie bereits andernorts in der Stadt vorhanden, als ein die Aufenthaltsqualität des Parks steigernder kommunikativer Ort angesehen, bei welchem das Angebot nicht über die für einen Kiosk üblichen Produkte, wie Druckwaren, Kaffee, belegte Brötchen etc. hinausgehen sollte.

Die WC-Anlage ist mit mindestens je einer Damen- und Herren-Kabine auszustatten und muss barrierefrei sein.

Der Zugang zu den öffentlichen WC-Anlagen muss von Mai bis September von 12.00 Uhr bis 20.00 Uhr und von Oktober bis April von 12.00 Uhr bis 18.00 Uhr gewährleistet sein.

Leistungsumfang: Es werden die Planung, der Bau und der Betrieb eines Kiosk-Gebäudes mit öffentlicher WC-Anlage im Rahmen einer Baukonzession ausgeschrieben.

Projektadresse: DE-20095 Hamburg

BAUKONZESSION**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER****I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)**

Freie und Hansestadt Hamburg
– Bezirksamt Hamburg-Mitte
Klosterwall 2-8, 20095 Hamburg
DEUTSCHLAND

Weitere Auskünfte erteilen:
 Bezirksamt Hamburg-Mitte
 Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
 Fachamt Management des öffentlichen Raumes
 Claudius von Rüden, MR14
 Klosterwall 8, 20095 Hamburg
 Telefon: 040/4 28 54 - 23 31, Telefax: 040/4 27 90 - 14 56
 E-Mail: claudius.vonRueden@hamburg-mitte.hamburg.de

Angebote, Anträge auf Teilnahme oder Interessenbekundungen sind zu richten an:

Bezirksamt Hamburg-Mitte
 Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
 Fachamt Management des öffentlichen Raumes
 Claudius von Rüden, MR14
 Klosterwall 8, 20095 Hamburg

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

Regional- oder Lokalbehörde
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) BESCHREIBUNG DER BAUKONZESSION

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber

Errichtung und Betrieb eines Kiosks mit öffentlicher WC-Anlage (Baukonzession) am Standort Rüschnpark

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung

Planung und Ausführung

Hauptausführungsort: Hamburg.

II.1.3) Kurze Beschreibung des Auftrags

s.o. „Aufgabe“

II.1.4) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

45215500-2 (öffentliche Toiletten),
 45212423-7 (Bau einer Cafeteria)

II.2) MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang

Es wird die Planung, der Bau und der Betrieb eines Kiosks mit öffentlicher WC-Anlage im Rahmen einer Baukonzession ausgeschrieben.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) TEILNAHMEBEDINGUNGEN

III.1.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister/Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Ausschreibung zum Bau und Betrieb des Kiosk-Gebäudes (Baukonzession im Sinne von § 99 Absatz 6 GWB) erfolgt im Wege einer freihändigen Vergabe mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gemäß § 3 Absatz 5 Nummer 3 VOB/A; § 22 Absatz 1 Nummer 1 VOB/A. Der Teilnahmeantrag des Bewerbers hat die nachfolgenden Erklärungen und Nachweise zu enthalten. Der Teilnahmeantrag ist nach der im Folgenden genannten Reihenfolge zu gliedern. Fehlenden Unterlagen in einem Teilnahmeantrag, behält sich der

Auftraggeber eine Nachforderung von Unterlagen und Nachweisen unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ausdrücklich vor.

(1) Der Bieter hat darzulegen, wer sich um den Auftrag bewirbt, also ob es sich um einen Einzelbieter oder eine Bietergemeinschaft handelt.

(2) Der Bieter hat ferner zu erklären, ob er die Leistung selbst erbringen wird, oder ob er plant, sich der Hilfe von Nachunternehmern zu bedienen.

(3) Der Bieter hat zu erklären, ob er beabsichtigt, im Falle des Auftrages seine Rechtsform zu ändern, seine Gesellschafterstruktur und/oder seine Finanzierungsstruktur zu ändern.

(5) Wenn die Bildung einer Bietergemeinschaft geplant ist, müssen Bietergemeinschaften mit ihrer Bewerbung eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abgeben:

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird,
- in der alle Mitglieder der Bietergemeinschaft aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet wird,
- in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Bietergemeinschaft gegenüber der Auftraggeberin vertritt.

(6) Handelsregisterauszug: Es ist ein Handels- bzw. Berufsregisterauszug aus dem Jahr 2011 oder 2012 vorzulegen. Sollte der Bewerber kein deutsches Unternehmen sein, ist eine gleichwertige ausländische Bescheinigung mit amtlicher Übersetzung vorzulegen.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(8) Unternehmensbeschreibung: Der Bewerber hat eine Beschreibung seines Unternehmens einzureichen. Mindestens erforderlich ist die Darstellung von Firmenstruktur, Geschäftsbereichen, Firmenprofil, Konzernzugehörigkeit (soweit vorhanden), die Angabe von verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen an anderen Unternehmen.

(9) Anzahl der Mitarbeiter: Außerdem ist die Anzahl der Mitarbeiter (fest angestellte und freie Mitarbeiter) anzugeben. Insoweit genügt ein jährliches Mittel der letzten 3 Geschäftsjahre.

(10) Erklärung zur wirtschaftlichen Situation des Unternehmens bzw. der Mitglieder der Bietergemeinschaft: Mit der Bewerbung hat sich der Bieter zu seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zu erklären. Insbesondere möchte der Auftraggeber wissen, ob der Bewerber über genügend Liquidität verfügt, um ein Projekt der jeweiligen Größenordnung durchführen zu können. Der Auftraggeber erbittet Erklärungen zu folgenden Punkten:

- a) Umsatz: Der Bieter hat seinen Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre darzulegen. Bei Konzerngesellschaften ist aufzuschlüsseln nach dem Umsatz der Muttergesellschaft und dem Umsatz der jeweiligen Töchter.
- b) Finanzierungsplanung: Der Bieter hat eine aussagekräftige Planung zur Finanzierung des Vorhabens vorzulegen.
- c) Erklärung zur Bonität des Unternehmens: Der Bewerber hat eine Bankbestätigung über einen problemlosen, ordnungsgemäßen Geschäftsablauf vorzulegen. Die Erklärung muss den Zeitraum des aktuellen sowie der 2 vergangenen Geschäftsjahre umfassen.

- d) Erklärungen nach § 6 Absatz 3 Nummer 2 VOB/A: Der Bieter hat nachfolgende Erklärungen gemäß § 6 Absatz 3 Nummer 2 VOB/A abzugeben:
- Erklärung, dass über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet wurde oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde,
 - Erklärung, dass sich sein Unternehmen nicht in Liquidation befindet,
 - Erklärung, dass das Unternehmen bzw. die in leitenden Positionen beschäftigten Mitarbeiter nachweislich keine schwere Verfehlung begangen haben, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt,
 - Erklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.

III.1.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(11) Beschreibung der verantwortlichen Personen: Der Bewerber muss die Personen in seinem Unternehmen benennen, die für die konkrete Leistungserbringung verantwortlich sein werden und deren beruflichen Werdegang grob skizzieren. Mindestens ist anzugeben:

- Name, Qualifikation, Betriebszugehörigkeit der betreffenden Personen,
- Angabe der voraussichtlich zu übernehmenden Aufgabe,
- beruflicher Werdegang.

(12) Referenzen über vergleichbare Leistungen: Der Bewerber hat Referenzen über die Durchführung vergleichbarer Projekte einzureichen. Diese sollen differenziert nach den Bereichen Projektentwicklung/-planung, Bau, Betrieb vorgelegt werden.

- a) Referenzen hinsichtlich Projektentwicklung/-planung, Bau: Es sind drei Referenzprojekte in den Bereichen Projektentwicklung/-planung und Bau von entsprechenden Bauwerken zu benennen. Die Referenzliste soll Projekte enthalten, die in den letzten 5 Geschäftsjahren durchgeführt wurden oder noch werden, die in ihrer Komplexität der geschuldeten Leistung entsprechen und mit einer Beschreibung der jeweiligen Leistungsbeiträge erläutert werden.
- b) Referenzen hinsichtlich Projektentwicklung/-planung, Bau und Betrieb eines Kiosk oder anderem gastronomischen Objekts: Es sind, soweit vorhanden, weiterhin 2 Referenzprojekte in den Bereichen kombinierter Durchführung von Projektentwicklung/-planung, Bau und Betrieb eines Kiosks oder anderem gastronomischen Objekt zu benennen. Die Referenzliste soll Projekte enthalten, die in den letzten 5 Geschäftsjahren baulich abgeschlossen wurden.

(13) Einreichung einer Grobkonzeption: Der Bewerber hat in groben Zügen seine Ideen für den Bau und den Betrieb des Kioskgebäudes zu beschreiben. Die vom Bieter anzufertigende Konzeption im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs soll zeigen, dass der Bieter sich Gedanken über die Planung und Errichtung des Gebäudes gemacht hat, dass er die besonderen Anforderungen eines Projektes dieser besonderen Anforderungen (Lage, Besucheraufkommen) erkennen und lösen kann, u.a. auch im Hinblick auf den Bau in einer

dezentralen Lage in einer Grün- und Erholungsanlage. Da es sich erst um den Teilnahmeantrag handelt, sind die vorzulegenden Konzepte lediglich „Grob-Konzepte“, deren Inhalte in die Wertung der Teilnahmeanträge eingehen. Eine detaillierte Planung wird erst im Rahmen der Angebotsphase erwartet. Wird eine Konzeption nicht vorgelegt oder enthält es keine Angaben zu den nachgenannten vier Aspekten, wird der Teilnahmeantrag des Bewerbers ausgeschlossen. Die Konzeption soll im Einzelnen enthalten:

- Bauwerk: Konzeptionelle Darstellung des zu errichtenden Bauwerks unter Zuhilfenahme auch von Grafiken/Zeichnungen.
- Bauablauf: Das Planungs- und Bauvorhaben sollte in einzelne Teilabschnitte gegliedert und jeweils mit einem Zeitrahmen versehen sein. Der Grad der einhergehenden Verkehrsbehinderungen ist - gegliedert auf die einzelnen Bauabschnitte - in groben Zügen darzustellen,
- Betrieb: Konzeptionelle Darstellung des Betriebs des Kiosks und der öffentlichen WC-Anlage unter Angabe der beteiligten Personen und ihrer Qualifikationen.
- Betriebskosten: Es sind Berechnungen beizufügen, die insbesondere auch -auszugsweise- Angaben über die Preise der angebotenen Waren aufweisen. Zusätzlich sollen Schätzungen des Besucheraufkommens an Wochentagen und Wochenenden beigefügt werden.

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) ZUSCHLAGSKRITERIEN

1. Auswahlkriterien im Teilnahmewettbewerb

Es werden höchstens fünf geeignete Bewerber zugelassen.

Erfüllen mehr als 5 Bewerber die Mindestanforderungen, werden davon nur die 5 nach den folgenden Kriterien besten Bewerber zum Verhandlungsverfahren zugelassen. Eine Auswahl der Bewerber erfolgt anhand nachfolgender Kriterien:

1. Allgemeine Erfahrung Projektentwicklung/-planung, Bau, Betrieb, 10 %,
2. Erfahrungen in Projektentwicklung/-planung, Bau, Betrieb eines Kiosk-Gebäudes, 20 %,
3. Kurzkonzept, 50 %.

Im Rahmen der Wertung des Kurzkonzepts (Ziffer 3) werden vier Unterkriterien gebildet und gewertet mit folgender Wichtigkeit im Rahmen der Gesamtwertung:

- a) Bauwerk: 20 %;
- b) Bauablauf: 10 %;
- c) Betrieb: 10 %;
- d) Betriebskosten: 10 %.

4. Bonität/Finanzierung/Projektsicherstellung, 20 %.

2. Zuschlagskriterien der Freihändigen Vergabe

Im Anschluss an den Teilnahmewettbewerb werden maximal 5 Teilnehmer aufgefordert, ein Angebot einzureichen. Das Angebot wird unter anderem aus einem Konzept bestehen, welches über die Konzeption im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs hinausgeht und detailliertere Angaben zum Bau- und Betriebsvorhaben macht. Diese Konzepte werden im Rahmen der freihändigen Vergabe gewertet. Die Wertung des Konzeptes erfolgt anhand der nachstehenden Kriterien:

1. Planungs- und Baukonzept, 40 %,
2. Betriebskonzept, 40 %,

3. Wirtschaftlichkeit, 10 %,
4. Sondernutzungsentgelt, 10 %.

Folgende Unterkriterien werden gebildet (die Prozentangaben beziehen sich bei jedem Punkt auf die Gesamtwertung):

1. Planungs- und Baukonzept (insgesamt 40 %):
 - a) Architektur/Gestaltung (Anteil von 20 %);
 - b) Baumaterialien (5 %);
 - c) Erschließung/Verkehr (15 %);
2. Betriebskonzept (insgesamt 40 %):
 - a) Öffnungszeiten (davon 15 %);
 - b) Warenangebot & Dienstleistung (15 %);
 - c) Einbindung in den Park (10 %);
3. Wirtschaftlichkeit (insgesamt 10 %);
4. Höhe des Sondernutzungsentgelts (10 %).

IV.2) VERWALTUNGSINFORMATIONEN

IV.2.2) Schlusstermin für die Einreichung der Bewerbungen
29. März 2013, 12.00 Uhr

IV.2.3) Sprache(n), in der (denen) die Anträge einschließlich der Unterlagen abgefasst sein können
Deutsch.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD

Nein

VI.2) SONSTIGE INFORMATIONEN

Die Bieter sollen sowohl ihren Teilnahmeantrag als auch später das Angebot sowohl in 2-facher schriftlicher Ausfertigung (1x Original und 1x Kopie) als auch in elektronischer Form auf CD einreichen.

VI.3) RECHTSBEHELFSVERFAHREN/ NACHPRÜFUNGSVERFAHREN

VI.3.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
Neuer Wall 88, 20354 Hamburg
DEUTSCHLAND

VI.3.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn die geltend gemachten Vergabeverstöße nicht unverzüglich nach Kenntnis gegenüber der Auftraggeberin geltend gemacht worden sind (§ 107 Absatz 3 GWB). „Unverzüglich“ wird mit 14 Kalendertagen ab Kenntniserlangung im Vergabeverfahren definiert. Sind die geltend gemachten Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar, müssen diese unverzüglich und darüber hinaus bis zum Ablauf der Bewerbungs- bzw. Angebotsfrist gerügt werden, § 107 Absatz 3 SATZ 1 Nummer 1-3 GWB. Ein Nachprüfungsantrag ist ferner unzulässig, wenn er mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, eingegangen ist (§ 107 Absatz 3 SATZ 1 Nummer 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Antrag erst nach Zuschlagserteilung gestellt wird, § 114 GWB. Die Zuschlagserteilung ist 10 Tage nach Absendung

der Vorabinformation per Fax oder Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Vorabinformation per Post zulässig.

VI.4) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG

29. Januar 2013

Hamburg, den 29. Januar 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

78

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

internationale gartenschau hamburg 2013 gmbH

Postanschrift:

Am Inselepark 1, 21094 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Herrn Nico Albrecht

Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98 - 730,

Telefax: +49 (0)40 / 226 31 98 - 902,

E-Mail: nico.albrecht@igs-hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Sonstige: siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Sonstige: siehe Anhang A.III

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Sonstige: internationale gartenschau hamburg 2013 gmbh

I.3) Haupttätigkeit(en)

Sonstige: internationale gartenschau hamburg 2013 gmbh

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Park-/Geländereinigung

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 16

Abfall- und Abwasserbeseitigung, sanitäre und ähnliche Dienstleistungen

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Reinigung der Wege und Parkflächen (Asphalt, Platten, wassergebundene Decken) an 172 Tagen (32.500 m²), tägliche Leerung und Entsorgung von Abfallbehältern (176 Säck) und sonstigen Abfällen auf Flächen (110.500 m²), Reinigung auf Brücken und Holzbohlenbelägen wie Stege, Reinigung der Spielplatzbereiche und Sandspielflächen (3.100 m²).
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 90000000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Beginn: 15. April 2013
Abschluss: 31. Oktober 2013

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Zahlungen im Rahmen der VOL/B und der Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Eigenerklärung

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Nachweis für die aus dem Auftragsverhältnis entstehenden Haftpflichtversicherungen für Personenschäden 3.000.000,- Euro, für Sach- und Vermögensschäden 3.000.000,- Euro und für Schlüsselschäden 50.000,- Euro; Angabe von Referenzen, aus denen sich die Erfahrung des Bewerbers bei der Reinigung entsprechender Flächen ergibt
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal
Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV-igs-064/13
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
13. März 2013, 12.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 5,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens

OV-igs-064/13. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Konto-Nr. 375 202-205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg.

IBAN DE 50200100200375202205,
BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)

Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Anhang A.II) (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnehmanträge: 19. März 2013, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnehmanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 22. April 2013
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 19. März 2013, 9.30 Uhr
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Postanschrift: Große Bleichen 27,
20354 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40/4 28 23 - 20 20

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
23. Januar 2013

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
RB/ZVA, Zimmer E 228
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnehmanträge zu richten sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
RB/ZVA, Zimmer E 231

Hamburg, den 23. Januar 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 79

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2069-12

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) Elektronische Auftragsvergabe:

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

- d) **Art des Auftrags:**
Rahmenvertrag für Zeitvertragsarbeiten nach Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes gemäß § 4 Abs. (3) VOB/A.
- e) **Ort der Ausführung:**
DESY Betriebsgelände Hamburg sowie externe Hallen und Tunnel.
- f) **Art und Umfang der Leistung:**
Rahmenvertrag über allgemeine Rohrverlegungsarbeiten auf dem DESY-Betriebsgelände in Hamburg sowie in den externen Hallen und Tunneln für die Dauer von 1 Jahr mit Optionsvereinbarung für bis zu 3 weitere Jahre. Die Ausführung hat mit Rohren aus Kupfer, Cr-Ni-Stahl, Stahl, PVC und PE sowie Schlauchverbindungen mit EPDM-Schläuchen zu erfolgen. Die Rohrdurchmesser entsprechen den gängigen Größen von DN 6 bis DN 350. Alle auszuführenden Schweißnähte müssen der Bewertungsgruppe `C` nach DIN EN 25817 genügen, wobei sich die Bewertung durch eine neutrale Institution vorbehalten wird. Bei den Arbeiten sind ausschließlich befähigte Personen mit gültigen Schweißzeugnissen einzusetzen und die aktuellen DIN EN Vorschriften und Unfallverhütungsvorschriften zu beachten. Der Auftragnehmer muss gewährleisten, dass die Arbeiten im Regelfall sehr zügig nach den jeweiligen Erfordernissen (Maßnahmen im Rahmen von Betriebsstörungen z. B. innerhalb von 8 Stunden nach Abruf) durchgeführt werden. Die beiden preisgünstigsten Bieter erhalten jeweils einen Wertkontrakt über die Hälfte (35.000,- Euro zzgl. MwSt.) des geschätzten Jahresgesamtwertes von 70.000,- Euro zzgl. MwSt.
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** entfällt
- h) **Losweise Vergabe:** entfällt
- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
1. April 2013 bis 31. März 2014 mit Optionsvereinbarung für weitere 3 Jahre.
- j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**
nicht zugelassen
- k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2069-12:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Abteilung V4 Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
- l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** entfällt
- m) **Bei Teilnahmeantrag:**
Anträge auf Teilnahme können bis zum 7. Februar 2013 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 11. Februar 2013 versendet.
- n) **Frist für den Eingang der Angebote:**
Bis Freitag, den 1. März 2013 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
- o) **Anschrift:**
Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung
DESY C2069-12
Angebotstermin: 1. März 2013, Uhrzeit 10.00 Uhr
per Briefpost/Boten zu richten an:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.
- p) **Sprache:**
Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) **Eröffnung:**
Freitag, den 1. März 2013 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.
- r) **Geforderte Sicherheiten:** entfällt
- s) **Zahlungsbedingungen:**
sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**
Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**
Der Nachweis der Eignung sollte durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) des VHB – Bund – Ausgabe 2008 – August 2012 abzugeben und nach Aufforderung durch die Vergabestelle innerhalb von 6 Kalendertagen sämtliche Bestätigungen/Nachweise der Eigenerklärungen zur Abwendung eines Ausschlusses vorzulegen.
- v) **Zuschlagsfrist:** 28. März 2013
- w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**
Kaufmännischer Direktor des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY.
Hamburg, den 5. Dezember 2012
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

**Öffentliche Ausschreibung
der Hamburger Wasserwerke GmbH**

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: ÖA 04/13

Wesentliche Leistungen:

Betriebsfertige Legung von insgesamt etwa 2120 m Leitungen, teilweise Spülbohrverfahren, in den Chaukenweg u. a. Straßen in Hamburg-Niendorf und zwar

210 m DN 50 PE-HD
380 m DN 80 PE-HD
5 m DN 80 GGGZmPE
10 m DN 100 PE-HD
885 m DN 100 GGGZmPE
sowie 625 m DN 25-50 CU bzw. PE
5 m DN 80 GGGZmPE

Anschlussleitungen

Geplanter Ausführungsbeginn: April 2013

Voraussetzung für die Beauftragung: DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge und pe.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 31. Januar 2013 bis zum 14. Februar 2013 montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich mit Nachweis des Überweisungsträgers über 20,- Euro bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, 20539 Hamburg, Billhorner Deich 2, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040/78 88 - 18 49 94) direkt zugesandt werden, gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 21. Februar 2013 um 11.00 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, Zimmer B.2.003, 20539 Hamburg.

Hamburg, den 23. Januar 2013

Hamburger Wasserwerke GmbH 81

**Öffentliche Ausschreibung
der Hamburger Wasserwerke GmbH**

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

**Rahmenvertrag
Überwachung des Trinkwasserrohrnetzes
mittels Geräuschpegelmessung bzw. Korrelation
nach dem DVGW-Arbeitsblatt W 392**

ÖA-Nr.: 5/13

Wesentliche Leistungen:

Die Leistung umfassen die jährliche Überwachung von ca. 1005 km Haupt- und Versorgungsleitungen mit den dazuge-

hörigen Anschlussleitungen mittels Geräuschpegelmessung bzw. Korrelation aufgeteilt auf die Rohrnetzbezirke Mitte, West und Nord nach dem DVGW-Arbeitsblatt W 392.

Die in den einzelnen Rohrnetzbezirken für die Vor-Ortung mittels Geräuschpegelmessung vorgesehenen Leitungen werden anhand eines Überwachungskonzeptes festgelegt und haben im Mittel eine Deckung von 1,50 m. Für das jeweils zu überprüfende Versorgungsgebiet werden vom zuständigen Bezirk Rohrnetzpläne im Maßstab 1:10.000 und 1:2.000 vorbereitet.

Laufzeit: 1. Juni 2013 bis 31. Mai 2015/Option: 31. Mai 2016

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 29. Januar 2013 bis zum 21. Februar 2013 montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder kostenlos erhältlich bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, 20539 Hamburg, Billhorner Deich 2, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040/78 88 - 18 49 94) direkt zugesandt werden, gegen eine Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Abgabefrist: 28. Februar 2013 mit Ablauf des Tages bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, Zimmer B.2.019, 20539 Hamburg.

Hamburg, den 23. Januar 2013

Hamburger Wasserwerke GmbH 82

Gläubigeraufruf

Die Firma **Cornelia Weßel Bildereinrahmungen Kunsthandel Vergoldung GmbH** (Amtsgericht Hamburg, HRB 21776) ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 4. Januar 2013

Die Liquidatorin

Cornelia Weßel 83

Gläubigeraufruf

Die Firma **Müllenberg Zahntechnik GmbH** (Amtsgericht Hamburg, HRB 21340), Kupferdamm 90, 22159 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 9. Januar 2013

Der Liquidator

Wolfgang Bauer 84